

Auskünfte: Kurt Gräßl, T +43 5574 4951 52214, 4. Stock, Zimmer Nr. 423

Zahl: BHBR-II-1301-67/2024-3

Bregenz, am 28.03.2024

KUNDMACHUNG

Die Julius Blum GmbH betreibt in Höchst, Gewerbestraße (Gst-Nrn 1420/1, 1420/4 und 1420/6, jeweils KG Höchst), eine Siebdruckproduktion, die im letzten Jahr durch Hinzunahme der aufgelassenen Halle der „aps-robotics“ erweitert wurde.

Der nach firmeninterner Betitelung bezeichnete Standort 04 soll baulich erweitert werden. Im Rahmen dieses als 4. Bauetappe genannten Bauabschnittes sind folgende Maßnahmen geplant:

- Errichtung einer zusätzlichen Leichtbauhalle zur Unterbringung von Leergut im Nordwestbereich auf den Liegenschaften Gst-Nrn 1519 und 1590, KG Höchst (L: ca 60,3 m, B: ca 25,7 m sowie Höhe im Firstbereich: ca 9,8 m) samt Parkierflächen
- Errichtung eines Wareneinganges als Anbau nordöstlich der vormaligen „aps-robotics“-Anlage in der grundrisslichen Größenordnung von ca 15,9 x ca 10,8 m mit Lkw-Andockrampe und innenliegendem Büro. Zwischen Andockrampe und neuer Leergutlagerhalle wird als Verbindung ein Flugdach errichtet. Der bisherige Wareneingangsbereich wird bis zur Belegung mit zusätzlichen Siebdruckanlagen als Lager verwendet sowie
- Schließen der Baulücke zwischen Altbestand und ehemaliger „aps-robotics“-Halle, ebenfalls für den zukünftigen Betrieb von Siebdruckmaschinen.

Für die in Rede stehenden Änderungen hat die Julius Blum GmbH mit Eingabe vom 19.03.2024, eingelangt bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz am 21.03.2024, um die Erteilung der Baubewilligung und gewerbebehördlichen Betriebsanlagengenehmigung angesucht. Aus den diesen Ansuchen angeschlossenen Plan- und Beschreibungsunterlagen ergeben sich nebst den maßgeblichen baulichen und maschinentechnischen Eckpunkten auch die zukünftigen Lkw-Manipulationen innerhalb der uneingeschränkten Betriebszeiten (24/7). In bautechnischer Hinsicht ist der Umstand nennenswert, dass über geotechnische Empfehlung zumindest für die Verbindungsbauten bzw den neuen Wareneingang eine Tiefgründung mit Lastableitung Berücksichtigung finden sollte.

Über den Bauantrag und das gewerbebehördliche Ansuchen wird eine mündliche Verhandlung auf

Dienstag, den 07.05.2024,

mit der Zusammenkunft der Teilnehmer um

8.30 Uhr an Ort und Stelle

anberaumt.

Weitere Informationen:

Die Plan- und Beschreibungsunterlagen liegen bis zum Verhandlungstag zur Einsichtnahme auf:

- bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz, Abteilung II – Wirtschaft und Umweltschutz, Bahnhofstraße 41, 4. Stock, Zimmer Nr 423. Beteiligte können nach telefonischer Terminvereinbarung bis zum Tag vor der Verhandlung bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz in die Projektunterlagen einsehen.
- beim Gemeindeamt Höchst während der Zeiten des Parteienverkehrs.

Für Verfahrensbeteiligte (bspw Nachbarn, Sachverständige ...) besteht im Bedarfsfall die Möglichkeit, auf digitalem Wege Projektsangaben anzufordern: Kontaktdaten: Uwe Baireder, Tel +43 5578/74 777 250 bzw E-Mail uwe.baireder@blum-bi.com.

Allfällige Stellungnahmen und Einwendungen:

Ob jemand Beteiligter oder Partei im Verfahren ist, ergibt sich aus § 8 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 (AVG) und den anzuwendenden Gesetzen:

Im Verfahren nach der Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994) haben neben dem Genehmiger die Nachbarn im Sinne des § 75 Abs 2 GewO 1994, daher jene Personen, die durch die Errichtung, den Bestand, den Betrieb oder die Änderung der Betriebsanlage gefährdet oder belästigt oder deren Eigentum oder sonstige dingliche Rechte gefährdet werden könnten, Parteistellung. Als Nachbar gelten nicht Personen, die sich vorübergehend in der Nähe der Betriebsanlage aufhalten und nicht im Sinne des vorherigen Satzes dinglich berechtigt sind. Als Nachbarn gelten jedoch die Inhaber von Einrichtungen (zB Beherbergungsbetriebe, Krankenanstalten, Heime), in denen sich regelmäßig Personen vorübergehend aufhalten, hinsichtlich des Schutzes dieser Personen und die Erhalter von Schulen hinsichtlich des Schutzes der Schüler, der Lehrer und der, sonst in Schulen, ständig beschäftigten Personen. Nach § 356 Abs 1 iVm § 74 Abs 2 Z 1, 2, 3 und 5 GewO 1994 müssen sich allfällige Einwendungen der Nachbarn zumindest auf einen der nachstehenden Punkte stützen:

- Gefährdung des Lebens, der Gesundheit, des Eigentums oder sonstiger dinglicher Rechte;
- Belästigung durch Geruch, Lärm, Rauch, Staub, Erschütterung oder in anderer Weise;

- Beeinträchtigung der Religionsausübung, des Unterrichtes, des Betriebs von Kranken- und Kuranstalten;
- Gefahr einer nachteiligen Einwirkung auf die Beschaffenheit der Gewässer.

Im Verfahren nach dem Baugesetz (BauG) haben neben dem Bauwerber bzw dem Grundeigentümer oder Bauberechtigten die Nachbarn im Sinne des § 2 Abs 1 lit k BauG Parteistellung. Nach dieser Bestimmung sind Nachbarn die Eigentümer eines fremden Grundstückes, das zu dem Baugrundstück in einem solchen räumlichen Naheverhältnis steht, dass mit Auswirkungen des geplanten Bauwerkes, der geplanten sonstigen Anlage oder deren vorgesehenen Benützung, gegen welche die Bestimmungen des BauG einen Schutz gewähren, zu rechnen ist; als Nachbar gilt dabei nicht nur der Eigentümer eines vom Bauvorhaben betroffenen fremden Grundstückes, sondern auch derjenige, der an einem solchen fremden Grundstück ein Baurecht im Sinne des Baurechtsgesetzes des Bundes hat.

Gemäß § 26 Abs 1 lit a bis e BauG hat der Nachbar das Recht, durch Einwendungen die Einhaltung von Vorschriften

- des § 4 Abs 4 BauG betreffend Naturgefahren, soweit mit Auswirkungen auf sein Grundstück zu rechnen ist,
- der §§ 5 bis 7 BauG betreffend die Einhaltung von Abstandsvorschriften, soweit diese seinem Schutz dienen,
- des § 8 Abs 1 und 2 betreffend den Immissionsschutz, soweit mit Immissionen auf seinem Grundstück zu rechnen ist und sein Grundstück nicht mehr als 100 Meter vom Baugrundstück entfernt ist,
- des § 8 Abs 3 und 4 betreffend den Immissionsschutz eines rechtmäßig bestehenden Betriebes, soweit der benachbarte Betrieb in den Anwendungsbereich von anderen anlagenrechtlichen Vorschriften fällt, diese die Vorschreibung nachträglicher Aufträge zu Lasten des Inhabers des Betriebes vorsehen und sein Grundstück nicht mehr als 100 Meter vom Baugrundstück entfernt ist,
- und die Festlegungen des Bebauungsplanes über die Baugrenze, die Baulinie und die Höhe des Bauwerks, soweit das Bauwerk nicht mehr als 20 Meter von seinem Grundstück entfernt ist, geltend zu machen.

Allfällige Einwendungen können von den Parteien des Verfahrens bis spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung während der Amtsstunden bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz oder während der Verhandlung vorgebracht werden. Werden von einer Partei keine Einwendungen erhoben, so hat dies gemäß § 42 AVG zur Folge, dass die betreffende Person ihre Parteistellung verliert.

Entsendung von Vertretern:

Beteiligte können alleine, in Begleitung eines Vertreters oder mit einer Person ihres Vertrauens

zur Verhandlung kommen. Die Vertreter der beteiligten Privatpersonen haben schriftliche Vollmachten mitzubringen, die sie zur Abgabe vorbehaltloser Erklärungen ermächtigen.

Der Bezirkshauptmann
im Auftrag

Kurt Gräßl

Hinweis: Die Entfernung oder Beschädigung der Kundmachung vor dem Verhandlungstermin ist gemäß § 273 StGB verboten!